

Deutsche Traditionen

Ein Verbot der NPD schadet mehr, als es bringt Jochen Goerdeler

So sehr Avantgarde war der Bundesarbeitskreis kritischer Jugrgruppen selten: noch bevor mit den Sitzungsferien des Bundestages das Sommerloch begann, hatte der BAKJ bereits auf seinem Kongress Anfang Juli ein Verbot aller faschistischer Parteien gefordert. Wer hätte gedacht, dass diese Forderung in der breiten Öffentlichkeit so schnell Gehör finden würde: den ganzen Sommer über - bzw. jenen Teil, der in das besagte Loch fällt - wurde in den Zeitungen landauf landab über nichts anderes eifrig diskutiert, mit dem jedenfalls vorläufigem Ergebniss dass Bundesinnenminister Schily seine Anpackerqualitäten durch Einsetzung einer Bund-Länder-Kommission unter Beweis stellen konnte, die einen Antrag auf Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht prüfen soll. Mitte September wurden zudem die rechte Vereinigungen Blood and Honour und ihre Jugendorganisation White Youth vom Innenminister verboten.

Wer meint, diese Verbote seien ein wirksamer Beitrag zum Kampf gegen den in Deutschland grassierenden Rechtsradikalismus, sitzt einem Irrtum auf. Das NPD-Verbot gaukelt - bei realer Wirkungslosigkeit - der aufrechten Bürgerwelt vor, mit autoritären, polizeilichen Antworten ließen sich gesellschaftliche Probleme erledigen. Das eigentliche Problem wird derweil ungelöst bleiben. Zugleich beschädigt dieses Vorgehen - wie so oft - den Gedanken der demokratischen Zivilgesellschaft, indem es die Bedeutung bürgerschaftlicher Ansätze negiert, obrigkeitstaatliche Denkweisen propagiert und schließlich grundrechtliche und rechtsstaatliche Garantien ankratzt.

Schon die Wirksamkeit, die einem NPD-Verbot von seinen Befürwortern zugemessen wird, ist höchst fraglich. Sicher: wenn alles den Vorstellungen gemäß läuft, würde ein Verbot sowohl der gewalttätigen Skinhead-Szene wie den Schlips-und-Kragen-Faschisten einen guten Teil ihrer legalen Infrastruktur und ihrer über das Parteienprivileg eröffneten Finanzierungsquellen und Propaganda-Möglichkeiten nehmen.

Allerdings wird diese Schwächung nicht lange vorhalten: die Rechtsradikalen werden in nicht allzu langer Zeit das ihnen abhanden Gekommene wieder ersetzen und neue organisatorische Zusammenhänge aufbauen. Das lehrt z.B. die Erfahrung mit den Verboten der FAP, die 1992 erfolgten. Die heutige Situation belegt, dass von einer dauerhaften und nachhaltigen Schwächung des rechtsextremen Spektrums keine Rede sein kann.

Außerdem wird ein NDP-Verbot und das weiterer faschistischer Organisationen schon deshalb relativ wirkungslos sein, weil die Rechten sich seit Jahren legaler und illegaler Parallelstrukturen bedienen. Neben den offiziellen Parteiverbindungen bestehen die klandestinen, informellen Verbindungen der autonomen Kameradschaften.

Vor allem muss aber bezweifelt werden, dass ein Parteienverbot auch nur eine einzige Gewalttat mit rechtsradikalem Hintergrund verhindern würde. Denn bei fast allen der in Deutschland begangenen rechtsradikalen Gewalttaten handelt es sich nicht um Taten, die aus regionalen oder überregionalen Zusammenhängen heraus planmäßig vorbereitet wurden. Im Gegenteil: sie werden aus spontanen Situationen

und Stimmungen heraus begangen. Sei es, dass sich die Täter schon zuvor in Stimmung getrunken haben und dann gezielt Orte aufgesucht haben, wo sie ihre Opfer sicher fanden, sei es, dass sie diesen zufällig begegneten. Regelmäßig werden diese Taten aus kleinen lokalen Gruppen begangen, aus Cliques, Freundeskreisen, Sauf- oder Zufallsbekanntschaften. Dagegen ist nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der Jugendlichen in irgendeiner Weise an rechte Parteien oder übergeordnete Zusammenhänge angebunden.

Entscheidend ist, dass die Täter auf Grund eines diffusen rassistischen und minderheitenfeindlichen Weltbildes sowie einer latenten Gewaltbereitschaft agieren.

Entscheidend ist aber auch, dass die Täter - gerade in bestimmten Regionen Ostdeutschlands - auf einen breiten Rückhalt unter anderen Jugendlichen wie auch unter den Erwachsenen vertrauen können.

Studien belegen, dass in Ostdeutschland sowohl der „harte Kern“ rechtsradikaler Jugendlicher wie auch die des weiteren Sympathisantenkreises drei Mal so groß ist wie in Westdeutschland: so besteht in den neuen Bundesländern ein harter Kern von ca. 12,5% der Jugendlichen, dazu kommen 15% SympathisantenInnen. Rund ein Drittel der ostdeutschen Jugendlichen ist damit als ausgeprägt rechts zu bezeichnen, während es im Westen „nur“ etwa 10% sind. Aber auch etwa ein Drittel der Erwachsenen in Ostdeutschland sympathisiert mit rechtem Gedankengut. Da es sich bei diesen Zahlen um Durchschnittswerte handelt, ist klar, dass die Werte in den westlichen wie östlichen - Hochburgen erheblich dramatischer aussehen.

Diese Zahlen mögen auch noch eins verdeutlichen: Es handelt sich um ein Problem, das uns noch auf Jahre beschäftigen wird. Sie belegen, wie sehr rechtsradikales Gedankengut in einigen Landstrichen in der Bevölkerung verwurzelt ist, dass es sich nicht um ein Randgruppenphänomen handelt, sondern um eines, das in der Breite der Gesellschaft besteht. Parteienverbote kratzen da allenfalls an der Oberfläche. Sie bewirken keine Selbstveränderung, sie wirken, wie alle polizeilichen Maßnahmen, auf solche Kreise von außen ein und werden nicht an tief verankerte Gedanken herankommen.

Geboten ist es daher, mit einer langfristigen Strategie vor allem bei den tiefer liegenden Ursachen anzusetzen, und zwar in zweierlei Richtung: Einerseits müssen die individuellen Ursachen von Gewaltbereitschaft und Rassismus bekämpft werden, andererseits muss zugleich an einem Auf- bzw. Ausbau der Zivilgesellschaft gearbeitet werden.

Bei den Tätern rechtsradikaler Gewalttaten handelt es sich fast ausschließlich um junge Männer. Ihre Gewaltbereitschaft und rassistische Haltung resultieren regelmäßig aus großer persönlicher Verunsicherung. Jugendliche, die rechtes Gedankengut adaptieren und gewaltbereit sind, haben zumeist eine defizitäre Sozialisation, insbesondere eine autoritäre, oft gewaltgeprägte Erziehung erlitten. Sie verfügen meistens über einen geringeren Bildungsgrad und haben schlechte Zukunftsperspektiven. Es lässt sich feststellen, dass tatsächlich Fremdes - fremde Menschen, fremde Situationen - bei ihnen starke Unsicherheitsgefühle auslösen. Das ergeben so-

Debatte

wohl Studien des hannoveraner Kriminologen Christian Pfeiffer wie auch von Dietmar Sturzbecher, Leiter des potsdamer Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung. Auch die diesjährige Shell-Studie kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

Diese Faktoren gelten selbstverständlich für Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen. Allerdings scheinen die durch die Wende bedingten Umbrüche in den neuen Bundesländern, die schlechten wirtschaftlichen und damit auch beruflichen Perspektiven, sicher auch die aus DDR-Zeiten geprägten autoritären Umgangsformen und Denkstrukturen hier zu einer Kumulation von Risikofaktoren zu führen.

Auch wenn Jugendliche die DDR nicht mehr bewusst miterlebt haben, sind sie doch immer noch mittelbar von den Prägungen ihrer Eltern und von deren Verunsicherung betroffen. Dies führt dazu, dass zum Teil die Familien als Rückhalt- und Geborgenheit gebende Einheiten ausfallen. Und von (Jugend-)Arbeitslosigkeit und miesen Berufsaussichten sind sie allemal direkt betroffen.

In den - rechten - Gruppen, Zirkeln und Cliques finden viele die Bestätigung und den Halt, den sie so dringend brauchen. Typisch für die Hochburgen des Rechtsradikalismus ist auch eine schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft mit ihren demokratischen und sozialen Vernetzungen. So fehlen vielfach einfachste soziale Einrichtungen. Insbesondere die Jugend hat unter der Abwesenheit von attraktiven - oder überhaupt - Freizeitangeboten zu leiden. Auch positive demokratische Erfahrungen, das Gefühl eingebunden und mitbestimmend zu sein, fehlen vielfach.

Und oftmals sind die Rechten die einzigen, die überhaupt so etwas wie Jugendkultur anzubieten haben. Wo es sonst keine Freizeitangebote für Jugendliche oder sinnvolle Freizeitangebote gibt, wie in manchen Landkreisen in Brandenburg oder Vorpommern, da haben die Rechten einfaches Spiel, den Nachwuchs für sich zu rekrutieren. Das Fehlen von Freizeit-Infrastruktur hat aber noch weitere Folgen: den Jugendlichen wird die Möglichkeit genommen, soziale Vernetzungen aufzubauen, die sie in Krisen auffangen können, ihre Selbstsicherheit in diversen Gruppen aufzubauen.

Letztlich muss sich der Kampf gegen jede Art rassistischer oder minderheitenfeindlicher Gesinnung und Aktivität primär aus der Gesellschaft heraus entfalten. Die Demokratie muss von den BürgerInnen auch ausgefüllt werden. Dies beinhaltet, dass diese in der doppelten Bedeutung des Wortes kompetent sind: nämlich, dass sie zum einen über die sachliche Kompetenz verfügen, anstehende Probleme zu lösen, zum anderen dass ihnen auch die Zuständigkeit dafür eingeräumt wird, das Problem anzugehen. Den Kampf gegen den Rechtsradikalismus dem Staat, insbesondere der Polizei, zu überlassen, geht nicht nur von der falschen Prämisse aus, dass man Gedankengut einfach ordnungsrechtlich disziplinieren kann, sondern spricht den BürgerInnen auch die Kompetenzen - in diesem doppeltem Sinne - unmittelbarer Problemlösungen ab. Natürlich geht es nicht um gut gemeinte, aber hilflose Appelle an die allgemeine Zivilcourage oder um

massenhafte Eingreifseminare - wenngleich letztere durchaus hilfreich sein können. Der Staat ist insofern gefordert, als er Anstöße geben muss. Inhaltlicher, aber gerade auch finanzieller, organisatorischer und struktureller Art. Dazu gehört nicht nur, dass er für ausreichende und sinnvolle Freizeiteinrichtungen, verbesserte Ausbildungen und Berufschancen Sorge trägt, sondern auch, dass er den BürgerInnen beim Knüpfen sozialer Netzwerke behilflich ist, also Angebote schafft. Das trifft auf die Alten wie auf die Jungen zu.

Pfeiffer hat vorgeschlagen, eine mit einem Gründungskapital von 4 Mrd. DM ausgestattete Bundesstiftung zu gründen, die über 50 Jahre den Auf- und Ausbau von Jugendarbeit zusätzlich zu den schon bestehenden Förderungen von Bund, Ländern und Kommunen in besonders defizitären Gebieten fördern soll. Das wäre gut angelegtes Geld.

Es muss auch unmissverständlich klar gemacht werden, dass jede Art von Rassismus geächtet ist. Dass die Spitzen der Gesellschaft deutliche Zeichen setzen ist wichtig, aber längst nicht genug. Die Politik sollte zeigen, dass sie auch in ihren eigenen Behörden keinen Rassismus duldet, zum Beispiel durch die Einrichtung von unabhängigen Ombudsleuten, die Anlaufpunkt für Beschwerden sind, aber auch von Amts wegen Verfehlungen nachgehen und für die Versetzung von ungeeigneten Beamten sorgen können. Über ihre Tätigkeit und Erfahrungen hätten sie regelmäßig Bericht zu geben.

Wesentlich ist aber auch, dass der oft menschenverachtende behördliche Umgang mit AusländerInnen, insbesondere mit AsylbewerberInnen ein Ende hat. Wer, wie Brandenburgs Innenminister Schönbohm, die Opfer rechtsradikaler Gewalttaten mit der Begründung abschiebt, infolge ihrer erlittenen Traumatisierung seien sie nicht mehr integrationsfähig, vollendet letztlich das Handwerk der Täter und motiviert zur Wiederholung.

Um schließlich Missverständnisse vorzubeugen: vor Gewalt, Beleidigung und Volksverhetzung dürfen keine Augen zuge-drückt werden, und der Staat darf auch nicht durch falsch verstandene Hilfsbereitschaft den Rechten helfen, ihre Infrastrukturen auszubauen (z.B. durch Jugendklubs, die ihnen quasi überlassen werden). Es geht nicht darum, alles durchgehen zu lassen, zu entschuldigen und keine Grenzen zu setzen. Die bestehenden Mittel der Repression müssen - wohl überlegt - angesetzt werden. Wohl überlegt bedeutet, sich genau anzuschauen, wer mit welcher Sanktion oder über welche Hilfe erreicht werden kann - und wer nicht. Während die Unverbesserlichen alle Möglichkeiten der Repression zu spüren kriegen müssen, müssen den anderen Hilfsangebote und Alternativen geboten werden.

Je mehr der Staat jedoch durch inhaltliche Definitionen die Grenzen erlaubter Meinungsäußerungen fest schreibt, je mehr er den Parteien, die immerhin die Transmissionsriemen unseres demokratischen Systems sind, nach inhaltlichen Vorgaben in erlaubte und verbotene selektiert, desto schlechter ist das für die demokratische Verfasstheit insgesamt.

Jochen Goerdeler lebt in Berlin und ist Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen.